Martin Haselwanter

Zur Geschichte der p.m.k

Vom (kultur)politischen Aktivismus zum entpolitisierten Kulturzentrum

> „Ein wahres Zeichen der Zeit ist es, wenn Kulturtreibende die ihnen zugewiesene Rolle als modernem Hofnarren (in welcher Kritik noch geäußert werden darf) gar nicht mehr wahrnehmen, sondern vielmehr zum Hampelmann der gesellschaftlich Mächtigen und des Opportunismus werden."[1]

Das in den Innsbrucker Viaduktbögen beheimatete Kulturzentrum p.m.k (Plattform mobile Kulturinitiativen) hat eine mittlerweile etwa zehnjährige Geschichte. Diese erstreckt sich von der Konstitution der p.m.k als Vereinigung Kulturschaffender bzw. als kulturpolitisch-sozialer Bewegungen ab 2001 über deren Institutionalisierung in (subventionierten) Räumlichkeiten ab 2003 bzw. 2004 bis hin zu einer zunehmenden Entpolitisierung gegen Ende des Jahrzehnts.

„Produktiv und obdachlos. Wir brauchen einen Ort"

Seit etwa Jänner 2001 sah sich die alternative Innsbrucker Kulturszene mit akuten Raumproblemen konfrontiert: Konzerte, Vorträge oder Lesungen konnten nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden. Die obdachlosen Initiativen schlossen sich daraufhin in einer Art Dachverband – der p.m.k – zusammen. Ihre Grundforderung war, die durch den Konkurs des Utopia freigewordenen Subventionsmittel weiterhin für Kulturtreibende verfügbar zu machen und damit einen gemeinsamen Veranstaltungsort zu schaffen. Verhandlungen zwischen p.m.k-VertreterInnen und Subventionsgebern (Stadt, Land, Bund) über dessen Finanzierung begannen. Parallel dazu fanden öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Eröffnung des ‚kleinsten Kulturzentrums der Welt' im Garten des Kulturgasthauses Bierstindl und eine Demonstration mit 1.500 TeilnehmerInnen im Sommer 2001 zur Untermauerung der Forderung nach kulturellen Freiräumen statt.

Rund um die p.m.k entwickelte sich eine heterogene kulturpolitische Bewegung. Die unterschiedlichsten Spektren – von Hip Hop bis Punkrock und von Elektro bis Avantgarde –fanden zusammen; stark vertreten waren auch autonome PolitaktivistInnen.

Ende 2001 schien eine Lösung gefunden, es sollte ein Kulturzentrum am Dach des damals neu errichteten M-Preis an der Sill entstehen. Verhandlungen von p.m.k-Verantwortlichen mit dem Land verliefen positiv, doch war die Vergabe der

Landesmittel an die Beteiligung der Stadt gebunden. Die Stadt – konkret die damalige Bürgermeisterin Hilde Zach – versagte im Sommer 2002 die Subventionierung und damit den Bau des schon bis ins Detail geplanten Kulturzentrums. Bemühungen der p.m.k um weitere Verhandlungstermine blieben erfolglos.[2]

> „Einige AktivistInnen hatten dann wohl genug von Arroganz und Ignoranz der Stadt, von Lügen, Halbwahrheiten und heißer Luft. Die Szene braucht Raum – und zwar dringend – und in Innsbruck stehen einige Häuser leer. Was lag/liegt also näher als zur Selbsthilfe zu greifen und sich den Raum den Mensch braucht einfach zu nehmen. Alle zusammen, Ärmel hochkrempeln und zack: am 29.11. wurde die Minatti-Halle [hinter dem Jugendzentrum Z6; Anm. M. H.] besetzt."[3]

Kulturpolitische AktivistInnen hatten sich somit von der abwartenden Haltung der p.m.k emanzipiert und setzten weniger auf Verhandlungen, sondern auf eine autonome Umsetzung der eigenen Vorstellungen. Die p.m.k solidarisierte sich mit den AktivistInnen, war jedoch kein Teil ihrer Organisierung.[4]

Die Besetzung erregte großes Aufsehen: Neben JournalistInnen und UnterstützerInnen (über 300) waren nach einiger Zeit auch die Polizei und die Innsbrucker Bürgermeisterin bei der besetzten Minatti-Halle eingetroffen. Hilde Zach sicherte Gesprächsbereitschaft zu und erklärte, dafür Sorge tragen zu wollen, dass den AktivistInnen ‚nichts geschehe' sowie dass von einer polizeilichen Räumung abgesehen werde. Trotz dieses Versprechens kam es am darauf folgenden Morgen zu einer polizeilichen Räumung, was dazu führte, dass Zach während einer Pressekonferenz nach dem Besetzungsende als „notorische Lügnerin" bezeichnet wurde.[5]

Die BewegungsaktivistInnen ließen sich durch die Räumung jedoch nicht entmutigen und kündigten „einen heißen Advent"[6] an. Sie hatten „genug von den ‚konstruktiven Gesprächen' der p.m.k":[7] So fand am 1. Dezember 2002 eine Theater-Aktion in der Rathauspassage statt; am 6. Dezember wurde mit dem Slogan „Hoch die Subkultur" der Stadtturm kurzzeitig besetzt; am 7. Dezember wurde am Marktplatz ein Straßenfest organisiert; am 14. Dezember wurde im Treibhaus ein Solidaritätskonzert veranstaltet und am 20. Dezember fand ein aktionistischer Räumungsverkauf statt, bei dem ‚Kulturschaffende aus Platzmangel verkauft wurden'[8], und ebenso wurden T-shirts mit dem Slogan „zache zeiten" – in Anspielung auf das Agieren von Hilde Zach – verbreitet.

Die Aktionen der kulturpolitischen AktivistInnen waren vielseitig und für die städtischen Verantwortlichen nicht berechenbar. Dadurch wurde ein öffentlicher Druck erzeugt, der zwar nicht dazu führte, dass die Stadt das geforderte Kulturzentrum genehmigte, jedoch dass der p.m.k „ein Büro und geeignete Infrastruktur für mobiles Veranstalten" Ende 2002 zugesichert wurde; der Startschuss zur Realisierung der p.m.k als Ort war gegeben.[9]

Die p.m.k als Struktur und Ort

Im Juli 2003 wurde der Viaduktbogen 20 als Basisbüro angemietet, der angrenzende Bogen 19 gleichzeitig frei und von der p.m.k (auf eigenes Risiko) übernommen. Am 22. Juli 2004 konnte die p.m.k nicht nur als Büro, sondern als Kulturstation eröffnet werden.[10] Zwischenzeitlich hatten Land und Stadt weitere Subventionen gewährt.[11] Die ursprüngliche kulturpolitische Bewegung war somit ab 2003 bzw. 2004 (in Form der p.m.k) subventioniert und institutionalisiert. Ab Herbst 2006 wurde ein weiterer Bogen als Büroräumlichkeit angemietet, wodurch die Zusammenlegung der Bögen 19 und 20 zu einem größeren Veranstaltungsbereich möglich wurde.[12] Die p.m.k in der heutigen Form war entstanden.

Gegenwärtig besteht die p.m.k aus 30 Kulturvereinen und fungiert als Organisationsstruktur und Veranstaltungszentrum.[13] Die interne Kommunikation erfolgt über eine wechselseitige Dialogbereitschaft aller Beteiligten.[14] Formell ist das Hauptorgan der p.m.k die jährliche Generalversammlung aller Vereine. Neben dieser finden zweiwöchentliche Beiratssitzungen statt, in denen auf demokratische Weise alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden. In unregelmäßigen Abständen finden meist dann Vorstandstreffen statt, wenn die Einschätzung besteht, dass bei Beiratstreffen keine Entscheidung zustande kommt:[15] „De facto werden also nicht alle Entscheidungen im Beirat getroffen, sehr wohl aber besprochen und diskutiert."[16]

Finanziert wird die p.m.k zu 90% aus Subventionsmitteln von Bund, Land und Stadt.[17] Von diesen ist nicht nur der gesamte p.m.k-Betrieb, sondern auch die Erhaltung von Arbeitsplätzen abhängig, z. B. die des Obmanns und der Geschäftsführerin. Beide befinden sich an der Spitze der vereinsinternen Informationshierarchie: Einerseits kann somit nicht von einer gleichinformierten und -berechtigten demokratischen Struktur gesprochen werden und andererseits besteht das Problem, dass speziell die Bezahlung von p.m.k-Geschäftsführung und Obmann dazu führt, dass der Wille von Subventionsgebern letztendlich durch die beiden exekutiert wird, da sie existentiell von deren Geldern abhängig sind. Folglich kann nicht von der oft zitierten Freiheit der Kunst innerhalb der p.m.k ausgegangen werden, da der gesamte Betrieb sowie führende Bedienstete letztendlich ihren Geldgebern gegenüber verpflichtet sind (bzw. sein müss[t]en[18]).

Die p.m.k als politisches Projekt

Die Geschichte der p.m.k bis zu deren Institutionalisierung (und im Falle einiger Vereine auch darüber hinaus) ist eine kämpferisch-politische. Seit der Verortung der p.m.k in den Viaduktbögen zeigte sich die kritische Grundhaltung von Teilen der (ursprünglich) kulturpolitischen Bewegung in einer entsprechenden Veranstaltungsgestaltung und Aktionen außerhalb der p.m.k.

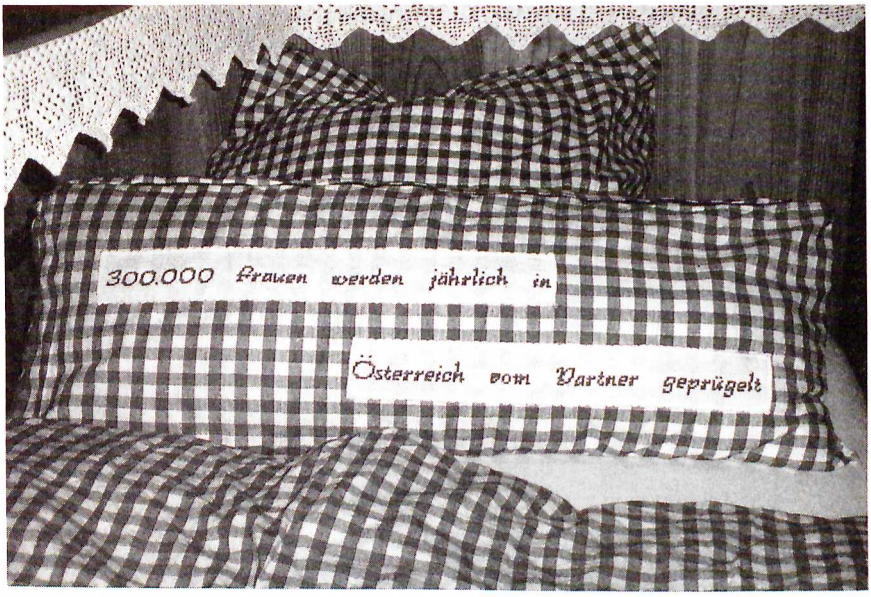
Viele Jahre war der autonome Kulturverein (KV) Grauzone eine der aktivsten Gruppen. Neben Konzerten etablierte der KV Grauzone mit dem mehrmals monatlich stattfindenden „Info Beisl" eine politische Veranstaltungsreihe, die sich

Demonstration „Gegen Staat und Kapital" am Tag der Arbeitslosen, organisiert vom KV Grauzone am 30. April 2008

u. a. mit Kapitalismuskritik, marxistischer Theorie, (anarchistischer) Staatskritik und dem Kampf gegen Neonazismus beschäftigte. Einzelne AktivistInnen des KV Grauzone gründeten 2003 das Anarchopunk-Kollektiv „Faulzahn", das sich auf die Veranstaltung von Konzerten konzentrierte. Neben der Grauzone (und dessen Umfeld) war auch K.U.U.G.E.L[19] ein von Beginn an in der p.m.k veranstaltendes, politisches Kollektiv, das sich mit der Analyse der zunehmenden öffentlichen Überwachung und der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen beschäftigte. Ab Winter 2004 organisierten sich (junge) Frauen und gründeten den Verein „tRAUMfrauen", der sich zum Ziel setzte, feministische Politik durch Konzerte, Frauendiscos, Filmabende und Vorträge umzusetzen.[20] Im Jänner 2005 gründete sich die „Dirty Dancing Crew", die sich auf die Veranstaltung von Hardcore-Konzerten mit Tier- und Erdbefreiung als politischem Hintergrund konzentrierte. Ebenfalls 2005 entstand das „Radikale Nähkränzchen" mit der Intention, sich abseits von männlich dominierten Gruppen künstlerisch mit Gewaltverhältnissen auseinanderzusetzen.

Ab 2007 inszenierte der autonome Theatermacher Philipp Peer Aufführungen seines „Theaters der Aggressionen" in der p.m.k.

Von vielen Gruppen und AktivistInnen wurde die p.m.k als politisches und nicht nur kulturelles Projekt betrachtet. Die jeweiligen Projekte der anderen – sowohl der ausschließlich kulturellen Gruppen als auch (umgekehrt) der politi-



Kunstinstallation des feministischen „Radikalen Nähkränzchens", 2006

schen Vereine – wurden besonders in der Startphase der p.m.k respektiert, ein Bündnis (beider Strömungen) war vorhanden. So konnten beispielsweise antifaschistische Kreise durch Informationsarbeit verhindern, dass eine rechte Metall-Veranstaltungsgruppe – „Brutal Arts Tyrol" – Teil der p.m.k wurde. Zunehmend wurden jedoch die Diskrepanzen zwischen jenen, die die p.m.k ausschließlich als Kulturzentrum sahen, und jenen, die es als politisches Projekt betrachteten, größer.

Konfliktlinien

Jene Vereine, die sich auf das Betreiben (unpolitischer) Kultur konzentrierten, sahen sich von den politischen Gruppen bevormundet und eingeschränkt. Von einzelnen Kulturtreibenden wurden die politischen AktivistInnen als sich in den Vordergrund drängend und die p.m.k als „autonom-linkes Kulturzentrum" bestimmend wahrgenommen.[21]

Am Beispiel der Diskussion rund um den Auftritt der US-Band Lividity, am 24. August 2007 in der p.m.k, wird eine der dabei auftretenden Konfliktlinien deutlich: Politische AktivistInnen – des „Radikalen Nähkränzchens" und des KV Grauzone – machten auf Frauenverachtung und Vergewaltigungsphantasien in den Texten der Band aufmerksam[22] und forderten ein Auftrittsverbot. Die Mehrheit der p.m.k-Vereine duldete das Konzert jedoch stillschweigend. Der veranstaltende Verein (Bühne Innsbruck) sprach abwechselnd von „künstlerisch ironisierenden

Überspitzungen oder genretypischen Gewaltfantasien ohne relevante Aussage"[23], die die Band in ihren Songtexten reproduzieren würde. Die antisexistischen AktivistInnen folgerten:

> „Die Aussagen der Texte sind leider allzu klar, glorifizieren die bestehenden gesellschaftlichen patriarchalen Macht- und Gewaltverhältnisse und entbehren jeder Ironie. Ob die Musik von Lividity Kunst ist, sei dahingestellt. Die Rede von der Freiheit der Kunst kann uns jedenfalls nicht davon entbinden zu reflektieren und zu entscheiden, welchen Inhalten wir in der PMK eine Bühne bieten wollen und welchen nicht!"[24]

Zum wiederholten Male wurde im Zusammenhang mit dem Auftritt von Lividity von Seiten des KV Grauzone (und anderen) die Ausarbeitung eines Grundsatzpapiers gefordert, in dem Mindeststandards wie Antisexismus, Antirassismus, die Ablehnung von Homophobie und Antisemitismus festgeschrieben werden sollten.[25] Bis heute bleibt die p.m.k solch ein Papier schuldig.

Durch das Thematisieren von auch innerhalb der p.m.k vorhandenen Machtverhältnissen machten sich die politischen Gruppen bei einzelnen (unpolitischen) Kulturtreibenden zunehmend unbeliebt. Politisch Aktive – der KV Grauzone oder auch TierbefreiungsaktivistInnen – formulierten zusätzlich auch Standpunkte, die sich nicht nur auf die p.m.k bezogen, sondern die gesellschaftlich-kapitalistischen Verhältnisse als Ganzes kritisieren. Von dieser Kritik der politischen Gruppen waren in vielen Fällen auch Subventionsgeber und deren politisches Agieren (z. B. in Bezug auf Migrationspolitik, Innenstadtvertreibung, erlaubte Pelztierzucht) betroffen.

Der Anfang vom Ende der „politischen" p.m.k

Ab dem Sommer 2006 tat sich eine neue Konfliktlinien in und um die p.m.k auf: Es kam zu regelmäßigen Angriffen von Neonazis auf VeranstaltungsbesucherInnen. Die p.m.k als Dachorganisation schien während der ersten Angriffe noch geschlossen und vertrat klare Standpunkte, sie definierte sich als „antifaschistisch".[26]

Vermehrte Angriffe und sich aktiv verteidigende p.m.k-BesucherInnen, die die rechten Schläger nahezu immer vertreiben konnten, führten zu internen Diskussionen um aktives (oder passives) Agieren. Einzelne Kulturschaffende forderten bei einem Angriff von Rechtsextremen, sich in die p.m.k zurückzuziehen, die Türen zu schließen und die Polizei zu rufen. Jene, die für aktives Vorgehen eintraten, sprachen davon, dass die Schläger dann vor den verschlossenen Türen der p.m.k Menschen angreifen würden, dass die Polizei – wie mehrmals geschehen – nicht kommen würde, dass ein Einschließen aus einem antifaschistischen Selbstverständnis heraus keine Option sei und deshalb angreifenden Neonazis offensiv begegnet werden müsste.

Der Konflikt rund um die Angriffe wurde in Phillip Peers Theaterstück „Demoralisierung des Feindes" umfassend aufgearbeitet und im Frühjahr 2008 in der

Antifaschistisches Plakat, plakatiert in Innsbruck nach nazistischen Angriffen auf das p.m.k-Fest im Sommer 2006

p.m.k uraufgeführt. Diese Thematisierung führte aber nicht dazu, dass eine Lösung gefunden wurde, es kam zu weiteren Angriffen, Auseinandersetzungen und (internen) Diskussionen.

Die Nacht vom 25. auf den 26. April 2009

Während eines vom KV Grauzone organisierten Konzerts kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen mit provozierenden Rechtsextremen sowie zu einem Polizeieinsatz, der sich gegen KonzertbesucherInnen richtete. Anwesende Neonazis blieben von der Exekutive unbehelligt. Das Agieren der Polizei wurde von einer Konzertbesucherin gefilmt und in Folge mit Unterstützung des KV Grauzone einzelnen Medien auszugsweise vorgeführt. Die Polizei musste sich daraufhin für den Einsatz rechtfertigen und sprach von einem angeblich von Konzertbesuchern schwer verletzten Passanten, der jedoch nicht auffindbar war. „Sieg-Heil"-Rufende und die rechte Hand hebende Rechtsextreme waren laut Polizei – trotz Zeugenschaft vieler KonzertbesucherInnen und einer polizeilich installierten Videokamera gegenüber der p.m.k – nie vor Ort gewesen.

Besonders die öffentliche Thematisierung des Polizeieinsatzes und die körperlichen Auseinandersetzungen waren für die Mehrheit des Vorstands, die Geschäftsführung und den Obmann der p.m.k Anlass, den Ausschluss der Grauzone zu diskutieren, was zu Beginn auch von einer Mehrheit der Mitglieder befürwortet

wurde. Nachdem VertreterInnen der Grauzone ihre Sicht darlegten, änderten viele Vereine ihre Position, waren nicht mehr für einen Ausschluss, sondern traten für andere Maßnahmen ein. Der Diskussionsprozess wurde aber mittels eines Vorstandsbeschlusses umgehend abgebrochen und die Grauzone als einer der aktivsten p.m.k-Vereine – bevor es zu einer demokratischen Abstimmung im Beirat kommen konnte – am 26. Mai 2009 aus den Räumlichkeiten und Strukturen der p.m.k ausgeschlossen.

Eine Stellungnahme dazu ist auf der p.m.k-Homepage nicht zu finden. Ein Angebot der „Innsbrucker Straßenzeitung 20er", ein Interview sowohl mit VertreterInnen des Vorstandes als auch der Grauzone abzudrucken, wurde von Vorstandsseite abgelehnt. Hintergründe über den Ausschluss werden nur in auf Anfrage zugesandten Stellungnahmen deutlich. In diesen wird dem KV Grauzone Nichtvertrauenswürdigkeit und „politische Zeigefingerhaftigkeit" vorgeworfen, womit wohl das Eintreten gegen Sexismus und Faschismus, das für den KV Grauzone auch Selbstverteidigung gegenüber rechten Schlägern beinhaltet, gemeint ist.

Zudem war für Juni 2009 ein Treffen rechtsextremer Burschenschafter in Innsbruck angekündigt, geplante Proteste dagegen wurden von medialer Seite diffamiert.[27] Von Seiten der Grauzone wurde dahingehend die Vermutung geäußert, dass die p.m.k-Führung in vorauseilendem Gehorsam gegenüber Subventionsgebern den Ausschluss der Grauzone betrieben hat.[28]

Die p.m.k als entpolitisiertes Kulturzentrum

Mit dem Ausschluss der Grauzone musste einer der letzten politischen Kulturvereine Mitte 2009 die p.m.k verlassen. Aus Protest gegen dieses Vorgehen kündete Philipp Peer an, keine Aufführungen seines „Theaters der Aggressionen" in der p.m.k mehr zu veranstalten, ein langjährig tätiger Computertechniker legte ebenfalls seine Aufgaben zurück sowie kulturelle und politische Vereine und Einzelpersonen aus ganz Österreich erklärten sich mit dem KV Grauzone solidarisch und kritisierten den Ausschluss. Andere politische Gruppen innerhalb der p.m.k verringerten bereits zu einem früheren Zeitpunkt ihre Aktivitäten, wie K.U.U.G.E.L, das „Radikale Nähkränzchen" oder die „tRAUMfrauen".

Die „Dirty Dancing Crew" beendete ihr Engagement, nachdem im Frühjahr 2008 TierrechtsaktivistInnen von der p.m.k-Führung aufgefordert wurden, im Büro lagerndes Infomaterial zu entfernen. Als Begründung wurde vom Plattform-Obmann auf mögliche, polizeiliche Ermittlungen in der Tierbefreiungsszene verwiesen. Am 21. Mai 2008 fanden schließlich auch österreichweit Hausdurchsuchungen und zehn Verhaftungen in der Tierrechtsszene statt, auch ein Tiroler Aktivist wurde drei Monate in Untersuchungshaft genommen.[29]

Gegenwärtig ist die p.m.k – bis auf wenige Ausnahmen – ein entpolitisiertes Kulturzentrum. Sie spielt zwar immer noch mit deren während der Bewegungsphase erworbenem „Alternativimage", kann dies jedoch inhaltlich-politisch nur mehr schwer erfüllen. Insbesondere die p.m.k-LeiterInnen haben Ende des Jahrzehnts jene autonomen und kritischen Kreise, die für die Etablierung der p.m.k

Solidaritätsaktion anlässlich der Verhaftung eines Tiroler Tierrechtsaktivisten

wesentlich waren, entfernt bzw. verloren und die Plattform zu einem kulturellen Dienstleistungsbetrieb gemacht. Kritische Positionen werden nur mehr marginal oder indirekt vertreten: „Kunst an sich", so der p.m.k-Obmann, sei schon alleine aufgrund ihrer Existenz gesellschaftsverändernd, würde sich der kapitalistischen Logik entziehen und bräuchte keine expliziten Slogans.[30]

Anmerkungen

1 Ehemaliger Mitarbeiter der p.m.k und des Kulturvereins KV Grauzone, Offener Brief zum Ausschluss des Kulturvereins Grauzone aus der p.m.k, 5.6.2009, https://austria.indymedia.org/node/14698 (Zugriff 22.5.2010).
2 Geschichte ab 2001, o. J., http://www.pmk.or.at/geschichte-ab-2001 (Zugriff 20.5.2010).
3 Kulturraum für Innsbruck! – Hausbesetzung als Lösung!, in: Grauzone Info, Nr. 22, Innsbruck 2003, o. S.
4 Geschichte ab 2001.
5 Presseerklärung nach der Räumung: Besetzung in der Minatti- Halle in Innsbruck von Polizei beendet, o. J., http://catbull.com/kulturraum (Zugriff 26.5.2010).
6 Malmoe, 22.12.2002, http://www.malmoe.org/artikel/alltag/438 (Zugriff 27.5.2010).
7 Presseerklärung: „Platz da! Wir tanzen auf der Straße!", 7.12.2010, http://catbull.com/kulturraum/ (Zugriff 27.5.2010).
8 Kulturraum für Innsbruck! – Hausbesetzung als Lösung!
9 Geschichte ab 2001.
10 Ulli Mair, Vorwort, in: opening pmk, 07/08 (2004), o. S.
11 Geschichte ab 2003, o. J., http://www.pmk.or.at/geschichte-ab-2003 (Zugriff 22.5.2010).

12 Geschichte ab 2007, o. J., http://www.pmk.or.at/geschichte-ab-2007 (Zugriff 23.5.2010).
13 Struktur, o. J., http://www.pmk.or.at/struktur (Zugriff 27.5.2010).
14 Mario Vötsch, Organisieren von Freiheit, Nomadische Praktiken im Kulturfeld, Dissertation, Innsbruck 2009, S. 150.
15 Die Informationen über die Vereinstrukturen stammen u. a. von einem ehemaligen Vorstandsmitglied.
16 Vötsch, Organisieren von Freiheit, S. 151.
17 Ebd., S. 80.
18 KulturveranstalterInnen oder politische Gruppen wie das AFLZ oder das Treibhaus zeigen, dass Subventionierung nicht zwangsläufig mit Kritiklosigkeit und Gehorsam gegenüber GeldgeberInnen einhergehen muss.
19 Kritische Universität und Gesellschafts-Emanzipatorische Lehre.
20 Martin Haselwanter, Nicht nur Musik, Konzerte und DJs, sondern auch Kritisch-Politisches …, in: pmk kindergeburtstag, 07/08 (2005), o. S.
21 Vötsch, Organisieren von Freiheit, S. 139.
22 Textauszug von Lividity: „Wahllos, zufällig vergewaltigt. Mit meinem Messer ficke ich dein Rectum. Ich werde sterben, du wirst sterben, jede andere Person der ich begegne wird sterben (…) Als du tot unter mir liegst, der Schwanz in meiner Hand, kotze ich auf dich. Ich vergewaltige dich von hinten, scheiß Hure."
23 Sexistische Kackscheisse, in: Grauzone Info, Nr. 41, Innsbruck 2007, o. S.
24 Ebd.
25 Ebd.
26 Ulli Mair, Ich bin antifaschistisch. Sie nicht?, in: pmk, 9/10.6.2006, o. S.
27 Tiroler Woche, 9.4.2009, S. 2–3.
28 Malmoe, Herbst 2009, S. 21.
29 Siehe das Interview von Lisa Gensluckner mit Chris Moser: Paragraf 278a – der Tierrechtsaktivist Chris Moser im Gespräch, in: Horst Schreiber u. a. (Hg.), Gaismair-Jahrbuch 2010, „heim@los", Innsbruck/Wien/Bozen 2009, S. 222–231.
30 Chris Koubek während einer Buchpräsentation von Mario Vötsch am 6.5.2010 in der p.m.k.